

An den
Rat der Gemeinde Altenberge

Antrag

Der Rat der Gemeinde Altenberge möge beschließen:

Die Ratsparteien und die Verwaltung gehen die Selbstverpflichtung ein, dass zukünftig alle Haushalte der Gemeinde Altenberge ohne Netto-Neuverschuldung auskommen.

Begründung:

Die öffentlichen Haushalte sind seit Jahren erheblich belastet. Hierfür im Wesentlichen die letzte Wirtschaftskrise verantwortlich zu machen, ist jedoch nicht sachgerecht. Die öffentlichen Haushalte, auch in der Gemeinde Altenberge, kranken vielmehr daran, dass fortwährend mehr Geld ausgegeben, als eingenommen wird.

Dabei spielen Fördergelder unterschiedlichster Quellen (Bund, Land, Kreis, EU) eine große Rolle. Allzu reizvoll ist der Lockruf des Geldes, wenn man doch damit Projekte finanzieren kann, die man sich sonst nicht leisten könnte. Und bevor die Gelder ein Anderer bekommt, nehme ich sie doch lieber selber.

Dabei wird aber oftmals vergessen, dass diese Fördergelder für die jeweilige Kommune erhebliche Folgewirkungen im Sinne von zukünftigen Abschreibungen haben. Diese Abschreibungen belaufen sich bei der Gemeinde Altenberge auf mittlerweile 2,7 Mio. € Geld, das in jedem Haushaltsjahr zusätzlich von der Gemeinde aufgebracht werden muss. Vor Einführung des NKF wurden diese Kosten vielfach einfach ausgeblendet, was letzten Endes zu einer verzerrten Darstellung des Vermögens einer Kommune geführt hat.

Aus Sicht der FDP bedarf es im Sinne einer generationengerechten Haushaltspolitik und zur Umsetzung des kommunalen Finanzmanagements einer geänderten Strategiesetzung.

Wir möchten eine langfristig sichere Grundlage für unsere Gemeindefinanzen.

Wir möchten eine grundsätzliche Abkehr von der Mentalität des „Mitnehmens von Fördergeldern“. Wir möchten eine maßvolle aber dafür nachhaltige Entwicklung auf der Grundlage der von uns geforderten Prioritätenliste.

Dabei schließen sich Sparen und wertschöpfende Investitionen nicht gegenseitig aus. Die Erfahrungen aus der Wirtschaftskrise und der Entwicklung der Gemeindefinanzen haben jedoch eindringlich gezeigt, dass eine fördergeldorientierte Investitionspolitik der falsche Weg ist.

Fördergelder sind nichts anderes als Kredite der öffentlichen Hand. Sie sind zwar reizvoll, weil eine Kommune sich damit Projekte verwirklichen kann, die sie sich sonst nicht leisten kann, wirken sich jedoch langfristig negativ auf die finanzielle Situation aller Föderationsebenen aus. Die anfänglich so günstigen Finanzmittel kommen nämlich letztendlich in Form höherer Umlagen auf die Kommunen zurück.

Mit der zwischen den Ratsparteien und der Verwaltung geschlossenen Selbstverpflichtung soll der Startschuss zu einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung gegeben werden. Dabei könnte die Gemeinde Altenberge eine „Leuchtturmfunktion“ im Kreis Steinfurt einnehmen und sogar über die Grenzen des Kreises hinaus Vorbildcharakter entwickeln. Ein wichtiger Standortfaktor in dem immer härter werdenden Wettbewerb um Unternehmensneusiedlungen.

Die Selbstverpflichtung folgt der Prämisse: „Nie mehr Geld ausgeben, als man selber hat“.

Städte wie Langenfeld haben es bereits erfolgreich vorgemacht. Sie sind seit einigen Jahren schuldenfrei, haben eine gesunde Haushaltsstruktur und setzen konsequent auf Nachhaltigkeit und Wertschöpfung.

Willi Schöpker
(FDP-Fraktionsvorsitzender)